

Rezensionen

Barbara Holland-Cunz: Die Regierung des Wissens. Wissenschaft, Politik und Geschlecht in der „Wissensgesellschaft“

Heike Kahlert

Barbara Holland-Cunz befasst sich in ihrem neuen Buch mit der Allianz von Wissenschaft und Politik im Feminismus. Vom Geist feministischer Aufklärung geprägt, ist ihre zentrale These provokativ: „Wer sich unter dem bis heute feministisch geteilten Motto ‚Wissenschaft ist Politik mit anderen Mitteln‘ eindeutig für die Vermischung von Wissenschaft und Politik einsetzt, folgt unwissentlich dem neoliberalen Impuls und damit einem Imperativ, der die zeitgenössischen Formen des Regiertwerdens, der Selbstregierung und der Regierung anderer generiert und legitimiert.“ (170) Geleitet von dieser These, entlarvt *Holland-Cunz* unter Bezugnahme auf Foucaults Studien zur Gouvernementalität die heraufziehende Wissensgesellschaft als „„eminente“ neoliberale Projekt einer Regierbarkeit des Wissens“ (162).

Dieses Projekt bestünde aus einem komplexen gesellschaftstheoretischen Dreiecksgefüge aus gesamtgesellschaftlich neoliberalen Sicherheitsdispositiv, einer bislang klassisch liberal von der Politik getrennten Wissenschaft und ihrer akuten Disziplinierung zur Annäherung an die neoliberale Politik. Die fragwürdige Mitarbeit an diesem Prozess werde mit dem Versprechen einer gesteigerten gesellschaftlichen Bedeutung eingekauft. In diesem Sinne sei die viel beschworene Wissensgesell-

schaft das Versprechen, das die neoliberale Regierungskunst der Wissenschaft für ihre Fügsamkeit gebe und die Wissenschaft in Gestalt des von ihr untersuchten Diskurses unreflektiert aufgriffe. *Holland-Cunz* mahnt: „Nur wenige durchschauen diesen Prozess“ (163).

Dass sich die Autorin zu diesen wenigen zählt, ist offensichtlich. Zur Entfaltung ihrer eingangs zitierten These durchkämmt sie mit herrschaftskritischer Intention mehrere, scharf voneinander abgegrenzte Diskurse zu erkenntnistheoretischen und sozialen Fragen wissenschaftspolitischen Handelns: die deutschsprachige wissenschaftliche Diskussion zur Wissensgesellschaft, ausgewählte feministische Arbeiten zur Wissenschaftstheorie (von Maria Mies, Sandra Harding, Donna Haraway) sowie wissenschaftssoziologische und -politische Studien aus Deutschland, die mehrheitlich mit Bourdieus Ansatz arbeiten. Von Interesse für die Herrschaftskritik scheint weniger die sorgfältige Konstruktion des Materialkorpus als das zu entwickelnde Argument sowie die daraus abgeleiteten Schlussfolgerungen zu sein. Auch finden sich leider keine methodischen Reflexionen zum diskursanalytischen Vorgehen.

Es verwundert abschließend kaum, dass *Holland-Cunz* gegen eine Vermischung

von (feministischer) Wissenschaft und Politik plädiert und zwei Wege feministischer Wissenspolitik aufzeigt: erstens die Kritik der Verzerrungen des Wissenschafts-„spiels“ und die Politik für ein besseres „Spiel“; zweitens die von ihr favorisierte Kritik des „Spiels“ selbst in Gestalt einer feministischen Politik gegen die gouvernementalen „Spiele“ in Wissenschaft und Gesellschaft, also gegen die „Spiele“ disziplinierender Sichtbarkeit und Konkurrenz, die die herrschenden Machtformen durch „Publizieren und Politisieren“ veröffentlichen solle (171). Für den zweiten Weg seien die wissenschaftssoziologischen Analysen in Anlehnung an Bourdieu ein wichtiger erster Schritt.

Nach dem leidenschaftlichen Plädoyer für eine Trennung von (feministischer) Wissenschaft und Politik und dem ebenso empathischen Bezug insbesondere auf Foucaults Arbeiten ist diese Schlussfolgerung in zweierlei Hinsicht erstaunlich: So hat Foucault in seinen Studien überzeugend dargelegt, dass wissenschaftliche Aussagen immer schon und notwendigerweise politisch sind – und somit eine Trennung von Wissenschaft und Politik nicht möglich ist; auch der von *Holland-Cunz* favorisierte zweite Politikweg trennt faktisch entgegen ihrer Aussage keineswegs zwischen Wissenschaft und Politik: „Ich wünsche mir eine Diskussion unter WissenschaftlerInnen darüber, wie die klassischen

feministischen Gegen-Verhaltensformen – Sichtbarmachung geschlechterpolitischer Dimensionen, „Spiel“-Verweigerung als erprobte Protestform – der Logik der Macht folgen und sich ihr zugleich widersetzen und wie diese Gegen-Verhaltensformen heute konkret politisch ausgestaltet werden können, um der neoliberalen gouvernementalen Vernunft in Wissenschaft und Gesellschaft etwas entgegen zu (ver)halten.“ (172)

Eine überzeugende Antwort, woher das nötige kritische Potenzial für die „Logik und Struktur des Gegen-Verhaltens“ (172) kommen soll, fehlt bedauerlicherweise. So stellt sich schließlich der Leserin die Frage, warum *Holland-Cunz* für einen Aufruf zum politischen Handeln gegen die drei M's der Politik gegen die Wissenschaft in Deutschland – „Misstrauen, Mittelkürzungen und Marktrhetorik“ (8) – ausgerechnet auf die als strukturdeterministisch kritisierten Theorien von Bourdieu und Foucault zurückgreift. Trotz der genannten Kritikpunkte handelt es sich, so das Fazit, um ein innovatives, kluges, hoch politisches und lange überfälliges Buch.

Barbara Holland-Cunz, 2005: Die Regierung des Wissens. Wissenschaft, Politik und Geschlecht in der „Wissensgesellschaft“. Leverkusen: Verlag Barbara Budrich, 189 S., ISBN 3-938094-51-6

Gudrun Perko: Queer-Theorien. Ethische, politische und logische Dimensionen plural-queeren Denkens

María do Mar Castro Varela

Queer-Theorie, das kann wohl ohne Übertreibung gesagt werden, hat sich im deutschsprachigen Raum etabliert – zumindest insoweit, dass die meisten, die sich in den Sozialwissenschaften bewegen, irgendwie wissen, was es damit auf sich hat. „Unter Queer wird bis heute keine einheitliche Theorie verstanden, sondern ein offenes politisches und theoretisches Projekt.“⁽⁷⁾ Die Philosophin *Gudrun Perko* gleich zweierlei versucht: die Erweiterung oder besser Pluralisierung des Projekts sowie gewissermaßen ein stärkeres Verweben desselben in den deutschen Kontext. Erinnerung, Pluralisierung und Kontextualisierung sind hier die Stichwörter. Unter anderem wird dargelegt, inwieweit das Berlin der 1920er Jahre „queere Lebensformen“ produziert hat „an die affirmativ angeknüpft werden kann“ (126). Erinnerung versteht die Autorin dabei nicht als ein kritiklos-nostalgisches Sich-Beziehen-auf, sondern als eine Möglichkeit, bestimmte Formen von Ausgrenzung nicht konstant zu wiederholen. Die „erinnernde Auseinandersetzung mit Rassismus, Antijudaismus und Antisemitismus im Rahmen von Queer-Theorien“ beschreibt sie denn auch als einen möglichen Weg, „sowohl alte Verhältnisse nicht wieder herzustellen als auch neue Ausgrenzungsverhältnisse nicht zu produzieren“ (135). In diesem Sinne wird hier ebenso an die politischen Anfänge von Queer in den USA erinnert, deren Anspruch es immer war „Sexualität ... in

ihrer Verknüpfung mit anderen Machtverhältnissen zu reflektieren“ (122). *Perko* zufolge kann Queer nicht einfach unmittelbar als eine Fortführung der *gay liberation* gelesen werden, sondern stellt im Gegenteil eine „kritische Instanz“ (122) gegen dieselbe dar. Das Buch ist eine wichtige politisch-theoretische Intervention, insofern die Autorin Selbstverständlich-Scheinendes antippt und damit letztlich Gewissheiten als Hinterfragbares behandelt.

Als eines der Ziele wird eine „konfliktuale Pluralität“ formuliert, für die es gilt „auf allen gesellschaftlichen Ebenen demokratischen Raum zu eröffnen“ (83). Das Buch selber hat dabei einen quasi-experimentellen Charakter. So werden ohne weiteres Interview- und Filmsequenzen neben philosophischen Auseinandersetzungen um Demokratie, Identität und Politik gesetzt, so dass Del LaGrace Volcano, Aristoteles, Arendt und Castoriadis gleichermaßen Raum erhalten. Die „queere Anti-Normativität“, deren Anliegen sich *Perko* zufolge immer mit der Intention verbindet „Norm- und Normierungskataloge, Monokulturen und hierarchisierende Kategorisierungen etc. aufzulösen“ (31), wird hier quasi exemplarisch vorgeführt. Experimente gehen dabei zumeist auf Kosten von Stringenz; so ist auch bei der Lektüre nicht immer ganz klar, was genau der Unterschied zwischen „Queer“ und „plural-Queer“ ist oder warum es ein Gewinn sein könnte, sich aus einer queeren Perspektive heraus mit aristo-

telischen Vorstellungen zu Demokratie, Identität und Herrschaft auseinanderzusetzen. Vorteil von solcherlei experimentellem Vorgehen dagegen sind die vielfältigen Inspirationen, die freigesetzt werden. Nicht nur, dass die notwendige Offenheit des „Queer-Entwurfs“ dadurch sichtbar zu Tage tritt, auch die Anforderung, dasselbe immer wieder zu irritieren wird anschaulich.

Und so sind die Stärken des Buches recht klar in dem nachdrücklichen Versuch zu sehen, die Grenzen queer-theoretischen Denkens aufzuzeigen. Wie auch der gleichzeitige transgressive und transformative Impetus, der den Text prägt, positiv hervorzuheben ist. *Perko* zeigt, dass Queer gerade intendiert, Grenzen zu verschieben und sich dementsprechend nicht selber einschränken sollte. Des Weiteren wird die Verknüpfung mit Demokratisierungsprozessen aufgezeigt und deutlich gemacht, dass diese immer einer historischen Kontextualisierung bedürfen, möchten sie nicht zu bloßer theoretischer Spielerei geraten. Schade ist dagegen, dass die Autorin sich nicht dem Problem der „Kategorienauflö-

sung“ und „identitären Transgression“ gestellt hat, denn Konzepte wie z. B. „Butch“ und „Femme“ verunsichern freilich nicht nur Gender-Identitäten, sondern stabilisieren sie zuweilen auch. Ebenso wird die Komplexität intersektioneller Macht- und Herrschaftsmodelle zwar erwähnt, aber nicht wirklich hinreichend analysiert.

Dennoch ist die Lektüre eine Bereicherung: Es werden neue Wege queerer Politiken aufgezeigt, bisher ungedachte Verknüpfungen dargelegt und darüber hinaus notwendige historische Kontextualisierungen vorgenommen. Insoweit bleibt zu hoffen, dass *Perkos* „Queer-Theorien“ nicht nur gelesen werden, sondern neue Debatten um Grenzen und Möglichkeiten Queerer-Politiken einläuten, die – ganz im Sinne der Autorin – vom „Ethos affirmativer und transformativer Anerkennung“ (65) getragen werden.

Gudrun Perko, 2005: Queer-Theorien. Ethische, politische und logische Dimensionen plural-queeren Denkens. Köln: PapyRossa, 178 S., ISBN 3-89438-336-4

Ingrid Kurz-Scherf u.a. (Hg.): In Arbeit: Zukunft. Die Zukunft der Arbeit und der Arbeitsforschung liegt in ihrem Wandel

Sünne Andresen

Eine Arbeitsforschung ohne Genderperspektive kann weder zu adäquaten Deutungen des gegenwärtigen Wandels in der Arbeit kommen, noch zukunftsfähige Vorschläge für die praktische Arbeitsgestaltung und Arbeitspolitik formulieren. Mit dieser These sind Standpunkt und Perspektive benannt, welche die Aktivitäten des Forschungs- und Kooperationsprojekts *GendA – Netzwerk feministische Arbeitsforschung* (2002-2005) geleitet haben. Umrissen ist damit auch der Fokus der Beiträge des letzten Ergebnisbandes, die danach fragen, wie weit wir von dieser Perspektive auf Arbeit entfernt sind bzw. wie wir uns ihr nähern können. Die Antworten setzen – mit Überschneidungen – an vier Problemebenen an: Zunächst geht es um die Entwicklung eines gendersensiblen Analyseinstrumentariums, um etwa die „ausgeprägte Gender-Blindheit“ (42) der traditionellen Regulierung von Arbeit herauszuarbeiten. Hierzu schlägt *Heidi Gottfried* eine dekonstruktivistische Methodik vor, die darauf basiert, „Regulierungen als soziale Texte zu verstehen, deren Grammatik feministisch zu interpretieren ist“ (38). Der Vorteil einer solchen Analyse sei zeigen zu können, „wer und was von einer Regulierung erfasst wird, aber auch, für wen und was sie nicht gilt“ (41).

Die zweite Problemebene betrifft das Konzept der „Subjektivierung von Arbeit“, mit dem eine zentrale Dimension des aktuellen

Wandels von Arbeit wissenschaftlich zu fassen versucht wird. Der Vorschlag von *G. Günter Voß* und *Cornelia Weiß*, Subjektivierung als „Gender-Thema“ (149) zu verstehen, zeugt davon, dass Arbeitssoziologie und Gendertheorie immer noch weitgehend getrennt sind: Beide reduzieren Geschlecht durchweg auf das Anderssein von Frauen („ausgeprägtere ursprüngliche Subjektivität? ... ausgeprägtere Lebendigkeit?“, 150), führen aber Unterschiede zwischen Männern und Frauen nicht systematisch auf hierarchische Geschlechterverhältnisse und entsprechende Subjektpositionen zurück. Ein Verständnis von „Subjektivierung“, das die Dialektik des Phänomens sehr klar herausarbeitet (Stichwort: „Herrschaft durch Autonomie“, 162), entwickelt *Joachim Beerhorst*. Wenig ermutigend ist allerdings sein kritischer Blick auf die Zukunftsfähigkeit der gewerkschaftlichen Arbeitspolitik. Nötig sei eine „mehrdimensionale Politik um Arbeit“ (168), von der Gesellschafts- und Gewerkschaftspolitik jedoch weit entfernt seien. Vor allem fehle ein schlüssiges Leitbild „einer modernen, humanen, einer ‚guten Arbeit‘“ (164).

Mit der Entwicklung und dem Problem der Verbreitung sowie Umsetzung eines solchen Leitbilds, das zudem die Perspektive der geschlechtergerechten Gestaltung und Verteilung von Arbeit einschließt, ist die dritte Problemebene benannt, an der zahl-

reiche Beiträge ansetzen: *Julia Lepperhoff* und *Alexandra Scheele* beschreiben Konzeption, Verlauf und Resultate dreier innovativer Theorie-Praxis-Projekte, die darauf zielten, durch neue Formen der Kooperation zwischen Wissenschaftlerinnen und Beschäftigten Gender-Kompetenz nachhaltig in die Analyse und Gestaltung von Arbeit einzubringen. Anknüpfend an feministischen Debatten um einen erweiterten Arbeitsbegriff plädiert *Eva Senghaas-Knoblach* für dessen „analytisch begründete Begrenzung“ (55), da sich das, was „an fürsorglicher Praxis insgesamt lebensnotwendig ist, ... nicht in Beschäftigungsverhältnissen“ (ebd.) erschöpfe. *Stefanie Janczyk* stellt das Leitbild der „Soziabilität von Arbeit“ vor, das ermöglichen soll, „Erwerbsarbeit *im Kontext*“ (107) zu erfassen, d.h. in der Perspektive ihrer „(gesellschaftlichen) Anschlussfähigkeit“ (114), um so über das gängige verkürzte Verständnis von Vereinbarkeit hinauszukommen und in den Blick zu rücken, dass hiervon alle Menschen – nicht nur Mütter oder Eltern – betroffen sind. *Lena Corells* Analyse eines Interviews mit einer allein lebenden, beruflich sehr eingespannten und zugleich ehrenamtlich tätigen Verwaltungsangestellten veranschaulicht diesen Aspekt.

Die vierte und letzte Perspektive setzt sich mit der tatsächlichen Ausrichtung der aktuellen Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik auseinander. Kritisch zur neoliberalen Doktrin, dass sich Beschäftigungszuwachs im Dienstleistungssektor nur durch

Absenkung der Standards und Deregulierung erreichen lasse, prüft *Gerhard Bosch* die Möglichkeit eines Wandels, bei dem zum einen das Problem der Marginalisierung von Frauen am Arbeitsmarkt behoben wird und zum anderen der Ausbau des Dienstleistungssektors nicht auf Kosten der sozialen Sicherheit geht (87). Er schlägt ein Konzept eines neuen Normalarbeitsverhältnisses (NAV) vor, in dem die klassischen Funktionen der sozialen Sicherung erhalten bleiben und das sich tendenziell auf alle Beschäftigungsverhältnisse erstreckt. Zu Recht wendet er sich gegen eine überzogene feministische Kritik am NAV, welche die Gefahr birgt, die Abhängigkeit der Frau vom Familienernährer durch die vom Markt zu ersetzen (99).

Dass die arbeitspolitischen Weichenstellungen, die im Zuge der Umsetzung der Vorschläge der Hartz-Kommission vorgenommen wurden, in eine andere Richtung weisen und wie über die Schaffung eines vor allem „weiblichen“ Niedriglohnsektors die tradierte Abwertung der personen- und haushaltsnahen Dienstleistungen perpetuiert wird, zeigen *Ayla Satilmis* und *Dagmar Baatz*. Realpolitisch wird hier mehr Zukunft verspielt als gestaltet.

Ingrid Kurz-Scherf, Lena Correll, Stefanie Janczyk (Hg.), 2005: In Arbeit: Zukunft. Die Zukunft der Arbeit und der Arbeitsforschung liegt in ihrem Wandel. Münster: Westfälisches Dampfboot, 295 S., ISBN 3-89691-625-4

Helga Ostendorf: Steuerung des Geschlechterverhältnisses durch eine politische Institution. Die Mädchenpolitik der Berufsberatung

Barbara Holland-Cunz

Frau mag es kaum glauben, obgleich die Zahlen kursieren: Noch immer lernen mehr als die Hälfte aller Mädchen im dualen Ausbildungssystem in nur zehn von insgesamt 350 Ausbildungsberufen. Zudem sind ausgerechnet diese Berufe fast immer nicht existenzsichernd, bieten kaum Aufstiegs- und Wiedereinstiegsmöglichkeiten und unterstützen klassische Rollenbilder (13f., 18, 97ff.). Das 21. Jahrhundert scheint in der Berufswahl-Wirklichkeit noch nicht angebrochen zu sein.

Wenn wir nicht davon ausgehen wollen, dass Mädchen dumm sind und sich bewusst falsch entscheiden – ihre vergleichsweise guten schulischen Leistungen auf allen Ebenen verbieten solche Vermutungen – müssen die Gründe für die nach wie vor problematischen Berufswahlentscheidungen an anderer Stelle gesucht werden. Und diesmal soll es nicht, wie in vielen Studien, um die Motivation der Mädchen gehen, sondern um die professionelle Arbeit derjenigen, die die Berufswahlentscheidung wesentlich beeinflussen und „unterstützend“ begleiten (229): die Berufsberatungen der Bundesagentur für Arbeit. Hier liegen Motivation und Ziel von *Helga Ostendorfs* Habilitationsschrift, die geschlechterpolitische Aufgeschlossenheit bzw. Rückständigkeit der politischen Institution Berufsberatung zeigt.

Ostendorf verbindet mehrere Ansätze und politiktheoretische Orientierungen zu einer

ausgesprochen ertragreichen, stark theoriegeleiteten Untersuchung, die geradezu skandalöse Erkenntnisse über die Geschlechterstereotypisierungen der Berufsberatung offenbart. Sie gelangt zu ihren weit reichenden Ergebnissen, weil sie die internen und externen Netze und Prozesse aus der in diesem Forschungsfeld eher ungewöhnlichen Sicht der Politikwissenschaftlerin betrachtet. Das Untersuchungsdesign orientiert sich, neben der Policy-Analyse, an prominenten institutionenanalytischen Überlegungen (Göhlers Rahmentheorie politischer Institutionen, March/Olsens neuer und Mayntz/Scharpfs akteurzentrierter Institutionalismus, sowie Scotts „drei institutionelle Säulen“ (72)) auf verhandlungstheoretische und wissenspolitologische Überlegungen und integriert damit unterschiedliche Perspektiven, die jedoch alle das komplexe Feld organisationalen und personalen Handelns verknüpfen wollen. Polarisierungen der Art „Institution vs. AkteurIn“ sollen vermieden, deren Wechselwirkungen vielmehr erkundet werden.

Was auf den ersten Blick wie ein Sammel-surium von Items wirken könnte, offenbart sich als wohl durchdachte Struktur, die den Rahmen der empirischen Untersuchung streng reguliert: Umfeld, Organisation und AkteurInnen werden mit drei Dimensionen (regulativ, normativ, kognitiv) und fünf Ordnungsformen gekreuzt (87ff.), wobei

das Augenmerk u.a. auf die Analyse von Symbolen und Leitideen gerichtet ist. Die Vielfalt der herangezogenen Ansätze und die Komplexität ihrer höchst gekonnten Verknüpfungen lassen sich im engen Rahmen dieser Rezension nicht angemessen darstellen; ich verweise auf die beeindruckende Matrix der Untersuchungsdimensionen (90). Doch würden all diese Fragen und Verknüpfungen angemessen berücksichtigt werden?

Theorie und Empirie werden durch ein Kapitel verbunden, das umfassend über die „Rahmenbedingungen berufsberaterischen Handelns“ informiert; hier werden u.a. die bundesdeutschen Geschlechterpolitiken und die in den 1980er Jahren gemachten Erfahrungen mit der Integration von Mädchen in Jungenberufe diskutiert. Die empirische Analyse ist schließlich durchweg sehr gelungen und aufregend zu lesen. *Ostendorf* hat in zwölf Arbeitsagenturen (BA) – verteilt über ganz Deutschland – recherchiert, sowohl die Abteilungsleitungen der Berufsberatung und die so genannten Beauftragten für Frauenbelange mit leitfadengestützten Interviews als auch die BerufsberaterInnen mit standardisierten Interviews befragt sowie eine ausführliche Dokumentenanalyse der Verlautbarungen und Beratungsmaterialien der BA durchgeföhrt.

Die Ergebnisse sind niederschmetternd. Obgleich emanzipatorische Ziele mittlerweile formell zur Leitlinie der Agentur gehören (238), werden Mädchen vorrangig in Frauenberufe vermittelt (245, 332), hat sich der Mädchenanteil in geschlechtsneutralen Berufen sogar „dramatisch verringert“ (249), herrscht nach wie vor Differenzdenken auf allen Ebenen (451), erwei-

sen sich die Beratungsmaterialien als keineswegs geschlechtsneutral, knüpfen die Einzelberatungen an alterstypischen Weiblichkeitsklischees an (300, 308). Die regionalen Unterschiede zwischen den zwölf untersuchten Amtsbezirken sind allerdings erheblich und lassen Schlüsse darüber zu, welche Rahmenbedingungen der Vermittlung von Mädchen in nicht-traditionelle Berufe entgegenkommen: etwa eine lange Tradition in der Mädchenarbeit (346), ein günstiges örtliches frauenpolitisches Klima (352), die Wahrnehmung der Ausbildungsbereitschaft der vorhandenen Betriebe (356f.), die Integration der Agenturen in regionale Netzwerke (360ff.) und der Agentur-interne Austausch zwischen den BeraterInnen (387). Erhebliche Differenzen in der Einschätzung beruflicher Wünsche (z.B. Aufstiegschancen) zwischen BeraterInnen und ratsuchenden Mädchen (421) verhindern dagegen eine gute Arbeit. Auch für die Forschung zur Gleichstellungspolitik bietet *Ostendorfs* Buch bemerkenswerte Einsichten: Die Nicht-Integration der Frauenbeauftragten in einschlägige Netzwerke (365), mangelnde berufsberaterische Kompetenzen und wenig Interesse für Mädchenbelange (390f.) machen die Frauenbeauftragung in den Agenturen zu einem defizitären Bereich. In der Fülle der Ergebnisse spiegelt sich die herausragende Theoriearbeit.

Obgleich das behandelte Thema hoch spezialisiert ist, wird jede/r in dieser lesenswerten Studie zahlreiche Anregungen finden: Politische TheoretikerInnen dürfen sich an der äußerst elaborierten Theoriestruktur erfreuen, EmpirikerInnen an den Ergebnissen der sorgfältigen Institutionenanalyse. *Ostendorfs* Untersuchung der in-

stitutionellen Strukturen und Prozesse patriarchalen staatlichen Handelns bringt die feministische Staatstheorie entschieden weiter voran als die eher schlichten, reichlich allgemeinen Thesen, die im deutschsprachigen Raum auf diesem Feld leider üblich sind.

Helga Ostendorf, 2005: Steuerung des Geschlechterverhältnisses durch eine politische Institution. Die Mädchenpolitik der Berufsberatung. Leverkusen: Verlag Barbara Budrich, 506 S., ISBN 3-938094-37-0

Annette Jünemann, Carmen Klement (Hg.): Die Gleichstellungspolitik in der Europäischen Union

Gabriele Abels

Die EU versteht sich gleichstellungspolitisch als Avantgarde. Soweit die Rhetorik. Doch inwieweit wird sie selber diesem Anspruch tatsächlich im Prozess ihrer Erweiterung und Vertiefung gerecht? Dies ist die Grundfrage des deutsch-englischen Sammelbandes, der die Beiträge einer interdisziplinären Fachtagung dokumentiert, die organisiert von den beiden Bundeswehruniversitäten sowie dem Arbeitskreis Europäische Integration und dem Europa-Kolleg am 26./27. November 2004 stattfand.

Das Buch ist in vier Teile untergliedert. Im ersten Teil wird die Entwicklung des einschlägigen Europarechts und dessen praktische Umsetzung von *Ursula Rust*, *Brigitte Young*, *Jörn Ketelhut* sowie *Cordula Dittmer* und *Anne Mangold* dargelegt. Sowohl *Rust* als auch *Ketelhut* zeigen die Entwicklung des Gender-*acquis* seit den 1950er Jahren auf. *Rust* illustriert dessen Ausweitung über Fragen der Wettbewerbsfähigkeit hinaus auf andere Lebensbereiche, während *Ketelhut* sich mit dem Ein-

fluss normativer Leitideen auf die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) befasst. *Young* hingegen setzt den geschlechterpolitischen *acquis* ins Verhältnis zum ökonomischen und konstatiert, dass die positiven geschlechterpolitischen Vorgaben faktisch konterkariert werden durch die neoliberale, marktförmige Ausrichtung des Integrationsprozesses. Alle Beiträge bemängeln die unzureichende Umsetzung, zeigen aber dafür unterschiedliche Gründe auf: Während *Rust* den mangelnden politischen Willen der Mitgliedstaaten als zentrales Implementationsproblem betrachtet, kritisiert *Young* die zentralen Annahmen der Makroökonomie, welche – vermeintlich geschlechtsneutral – faktisch geschlechtsdifferenzierende und -hierarchisierende Wirkungen zeigen, und dies für Frauen im informellen Sektor. *Ketelhut* verweist darauf, dass der EuGH letztlich an einer traditionellen Geschlechterideologie festhält und diese im Gemeinschaftsrecht legitimiere. Solche Ideologien

sind, wie *Dittmer* und *Mangold* zeigen, ein zentraler Grund für die Frauenquote in nationalen Armeen. Zur Integration von Frauen in Armeen als Arbeitgebern haben die Rechtsprechung des EuGH sowie die Anwendung des Gender-*acquis* beigetragen, zugleich wurden jedoch Geschlechterstereotype reproduziert.

Die Beiträge im zweiten Teil befassen sich mit dem Verfassungsprozess. *Mercedes Mateo Diaz* und *Susan Millns* betrachten zunächst den Gender-Input in den Verfassungskonvent, konkret: die erhebliche Unterrepräsentation der Frauen. Im zweiten Schritt analysieren sie den Output am Beispiel der Verankerung von Geschlechtergleichheit im Verfassungsvertrag. Dabei ist dieser freilich unzureichende Output nur zustande gekommen durch erheblichen politischen Druck der Zivilgesellschaft auf die nationalen Regierungen, wie *Silke Ruth Laskowski* zeigt, sowie auf die weiblichen Abgeordneten in den nationalen Parlamenten im Europäischen Parlament, wie *Mary McPhail* darlegt.

Der dritte Teil fokussiert auf den Erweiterungsprozess und Gleichstellungspolitik in den neuen Mitgliedstaaten. Gleichwohl geht bereits der erste Beitrag darüber hinaus, insofern *Sonja Drobnić* darin 12 Staaten – darunter nur zwei neue EU-Mitgliedstaaten (Ungarn, Polen), aber auch USA und China – miteinander vergleicht. In Abkehr sowohl von traditionellen als auch von feministisch-individualistischen Ansätzen wendet sie sich – basierend auf dem mikrosoziologischen „life-course approach“ – dem Zusammenhang von Heiratsverhalten und Erwerbsmustern von Frauen und Männern zu. Sie fragt danach, wie sich in heterosexuellen Paarbeziehungen im Lau-

fe des Lebens die beruflichen Ressourcen von Männern auf das Erwerbsverhalten der Frauen auswirken. Sie zeigt, dass sich in den ehemals sozialistischen Staaten unterschiedliche Muster herausgebildet haben. *Petr Pavlík*s Beitrag untersucht die Ex-ante-Evaluationen des beschäftigungspolitischen EU-Programms EQUAL und dessen Implementation in der Tschechischen Republik seit 2001. Gründe, warum im Ergebnis Geschlechterungleichheiten durch EQUAL eher reproduziert denn abgebaut wurden, sieht er im mangelhaften Gender Mainstreaming des EQUAL-Programms sowie in einer unzureichenden geschlechterpolitischen Evaluation der faktischen Implementation durch die EU-Kommission. Mit der Situation von Frauen in Polen nach dem EU-Beitritt befasst sich *Eva Feldmann-Wojtachnia*. Charakteristisch für Polen ist zum einen der Widerspruch zwischen einer vergleichsweise relativ guten politischen Teilhabe und der schlechten Integration von Frauen auf dem Arbeitsmarkt, zum anderen der überaus starke Einfluss konservativer Kräfte sowie der katholischen Kirche.

Der vierte und wissenschaftlich zweifellos schwächste Teil ist der Frage nach „Geschlechtergleichheit in der Praxis“ gewidmet, womit jedoch keine systematische Implementationsforschung gemeint ist. *Jiřina Šiklová* zeigt, wie sich nach 1989 in Tschechien erst allmählich ein Interesse an (westlichen) Feminismen entwickelt hat, welches allerdings – geprägt durch die Erfahrungen mit Sozialismus und staatlichem Paternalismus – zu anderen feministischen Orientierungen führt. *Susanne Mayers* knapper Beitrag ist eine Kritik am Individualismus des westlichen Feminismus, der

durch seine weitgehende Ignoranz gegenüber sozialen Zusammenhängen (v.a. Generationen und Familie) wichtige Bereiche von Frauenleben ausblende.

Aus EU-Forschungsperspektive wäre eine stärkere (integrations-)theoretische Anbindung zahlreicher Beiträge wünschenswert. Der Band verdeutlicht den von den Herausgeberinnen konstatierten erheblichen Forschungsbedarf für eine „gendersensible Integrationsforschung bzw. eine EU-kompetente Gender-Forschung“ (14). Diese sollte sich jedoch nicht auf eine Analyse der nationalen Besonderheiten und ihrer Auswirkungen auf die Implementation der EU-

Gleichstellungspolitik in den alten und neuen Mitgliedstaaten beschränken. Gleichmaßen notwendig ist die Erforschung der Akteure auf EU-Ebene, um die Dynamik der Entwicklung der Gleichstellungspolitik sowie Widerstände gegen sie umfassend zu erklären.

Annette Jünemann, Carmen Klement (Hg.), 2005: Die Gleichstellungspolitik in der Europäischen Union/The Policy of Gender Equality in the European Union. Baden-Baden: Nomos, 180 S., ISBN 3-8329-1107-3

► **Folgende Bücher können zur Rezension bestellt werden:**

Sammelrezension

Beckwith, Karen, 2006: Women, Politics, and Governance in West Europe. New York: Palgrave Macmillan.

Dahlerup, Drude, 2005: Women, Quotas and Politics. London: Routledge.

Lovenduski, Joni, 2005: Feminizing Politics. Cambridge: Polity Press.

Hawkesworth, Mary, 2006: Feminist Inquiry: From Political Conviction to Methodological Innovation. Piscataway: Rutgers University Press.

Sammelrezension

Borchard, Christiane, Brigitte Doetsch, Karl Neumann (Hg.), 2005: Der Zeit einen Schritt voraus: gender konsequent. Qualitätssteigerung der Hochschulentwicklung durch Gender Mainstreaming. Münster u.a.: LIT Verlag.

Spellerberg, Annette (Hg.), 2005: Die Hälfte des Hörsaals: Frauen in Hochschule, Wissenschaft und Technik. Berlin: edition sigma.

Kirsten Rölke u.a. (Hg): Bringt Europa Frauen nach vorn? Chancen und Risiken für Gleichstellungspolitik nach der EU-Erweiterung

Monika von der Lippe

Der Sammelband betrachtet die Entwicklung der Gleichstellungspolitik der Europäischen Union (EU) und deren Umsetzung in den Mitgliedsstaaten. Er fragt danach, wie die EU-Gleichstellungspolitik durch die Erweiterung beeinflusst wird und welche Auswirkungen sie gerade auf die neuen Mitgliedsstaaten hat. Ein zwischenzeitlich höheres Tempo bei der Anpassung der Standards in den Beitrittsstaaten wie auch die Hoffnung auf weit reichende gleichstellungspolitische Vorgaben in der inzwischen abgelehnten Europäischen Verfassung haben sich relativiert. Um dies zu verdeutlichen, stehen in der Publikation zunächst die Rahmenbedingungen der Gleichstellungspolitik im Mittelpunkt, gefolgt von Länderberichten und Fallbeispielen. Die AutorInnen bilanzieren die bisherige EU-Gleichstellungspolitik weitgehend aus gewerkschaftspolitischer Perspektive und weisen auf ihre Vernachlässigung im Erweiterungsprozess hin.

Der erste Teil des Buches enthält exzellentes Datenmaterial zur Situation von Frauen auf dem europäischen Arbeitsmarkt. Vor diesem Hintergrund bilanzieren die AutorInnen auch die (Nicht-)Umsetzung der EU-Vorgaben durch die Politik der Bundesregierung. Sie weisen der Bundesrepublik etwa in der Frage der Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt einen der hinteren Plätze in der EU zu, vor allem aufgrund des noch immer fehlenden Gleichstellungsge-

setzes für die Privatwirtschaft. Die Autorinnen stellen den Zusammenhang zwischen Sozialabbau und Geschlechtergleichstellung her und verweisen auf die absehbaren Folgen der Dienstleistungsrichtlinie. Die EU, so *Mechthild Kopel* und *Christiane Wilke* in ihrem einleitenden Beitrag, habe der Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern programmatisch einen hohen Stellenwert zugemessen, aber weder von der EU-Kommission, noch von den Mitgliedsstaaten würden diese Richtlinien umgesetzt. Frauen- und Gleichstellungspolitik sowie die Implementierung von Gender Mainstreaming fänden in die praktische Politik kaum Eingang und spielten nur eine untergeordnete Rolle. Im alten Europa konterkariere der Sozialstaatsabbau die EU-Vorgaben zur Gleichstellung, da vor allem Frauen in prekäre Beschäftigungsverhältnisse gedrängt würden. *Anne Graef* thematisiert in ihrem Aufsatz „Das unbekannte Europa“ Vorurteile und Ängste, die EuropäerInnen häufig von- und voreinander hätten. Die Angst vor einer massenhaften Arbeitsmigration in die EU-15 sowie die Befürchtung von Standortverlagerungen von Produktionsstätten in osteuropäische Länder aufgrund der dort niedrigeren Löhne und schlechteren Sozialstandards bestimmten häufig den Diskurs im alten Europa. Eine Reihe von Studien zeigten jedoch, so *Graef*, dass weder mit einer massenhaften Mi-

gration noch mit Standortverlagerungen zu rechnen sei, was sie anhand einer Reihe von Studien namhafter Institute belegt. Die Autorinnen beider Aufsätze kommen zu dem Schluss, dass sich vor allem der Abbau des Sozialsystems negativ auf die Beschäftigung von Frauen auswirkt.

Positiv hervorzuheben sind die fundierten Schilderungen der Situation von Frauen in den osteuropäischen Beitrittsstaaten. *Jasna A. Petrovic* beschäftigt sich mit der Situation von Frauen in Osteuropa. Dies hätte sich, so *Petrovic*, auch nach dem EU-Beitritt nicht verbessert. Frauen seien mehrheitlich die Verliererinnen des Zusammenbruchs der sozialistischen Regime und des Transformationsprozesses, da sie vermehrt von Arbeitslosigkeit, Armut sowie der Abschaffung der sozialen Sicherungssysteme betroffen seien. Kritisch bemerkt die Autorin, dass das vom Internationalen Währungsfonds und der Weltbank den Ländern Osteuropas auferlegte vereinheitlichte Modelle zu einer neuen und zentralisierten Verwaltung der Übergangswirtschaft geführt habe, die die Implementierung einer individuellen Gleichstellungspolitik verhindere.

Im zweiten Teil des Buches folgt ein bunter Strauss von Berichten über Aktivitäten verschiedener, vor allem gewerkschaftlicher Gruppierungen zum Thema Gleichstellungspolitik in einzelnen Regionen Euro-

pas. Sie vermitteln viele interessante Details und informieren die LeserInnen über unterschiedliche Aktivitäten, wobei die Qualität der Beiträge, die von der Kampagne *Saubere Kleidung* über die österreichische Gewerkschaft Metall-Textil bis zur Gender-Task Force im Rahmen des Stabilitätspaktes in Südosteuropa reichen, unterschiedlich ist. Ergänzt wird der Sammelband durch einen sehr nützlichen Anhang, in dem sowohl europapolitische Dokumente von Frauen-Nichtregierungsorganisationen dokumentiert, als auch Förderquellen für europäische Gender-Mainstreaming-Projekte aufgelistet werden.

Eine Stärke des Buches ist die Einbeziehung aller Politikbereiche und -ebenen mit ihren jeweiligen geschlechtsspezifischen Auswirkungen. Der Sammelband eignet sich gut als Nachschlagewerk für die zahlreichen Initiativen und Gesetzgebungen auf EU-Ebene und ist aufgrund seiner Detailfülle und der zahlreichen Literaturverweise eine gute Grundlage für weiterführende wissenschaftliche Arbeiten.

Kirsten Rölke, Christiane Wilke, Mechtild Kopel (Hg.), 2005: Bringt Europa Frauen nach vorn? Chancen und Risiken für Gleichstellungspolitik nach der EU-Erweiterung. Hamburg: VSA, 182 S., ISBN 3-89965-112-X

Gender Mainstreaming: viele neue Fragen – einige Antworten

Regina Frey

Gender Mainstreaming (GM) hat in den letzten Jahren sowohl in die bundesdeutsche Verwaltung als auch in den geschlechterpolitischen Diskurs Einzug gehalten. Die Strategie geht mit dem Anspruch einher, Geschlechterverhältnisse zum Querschnittsthema von Politik und Verwaltung zu machen und erhebt Gleichstellung zum durchgängigen Ziel. Allerdings werden in letzter Zeit zunehmend Fragen gestellt nach dem Wirkungsgrad von Umsetzungsprozessen sowie nach den konkreten Zielstellungen im jeweiligen Fachzusammenhang. Die vier Bücher zum Thema GM geben hier teilweise Antworten – und werfen neue Fragen auf.

Der von **Michael Meuser** und **Claudia Neusüß** herausgegebene Band **Gender Mainstreaming. Konzepte – Handlungsfelder – Instrumente** ist eine gut verständliche Einführung in das Thema. KritikerInnen und BefürworterInnen kommen in den insgesamt 23 Beiträgen ebenso zu Wort wie PraktikerInnen und TheoretikerInnen. Nach einer gelungenen Einführung der HerausgeberInnen, die auf die bisherigen Debatten um die Strategie GM eingeht, folgt zunächst eine (bewegungs-)geschichtliche Einbettung. Erhellend sind die Umsetzungsbeispiele: Europa, Deutschland, Spanien und Österreich, Polen und das Vorreiterland Schweden sind hier versammelt sowie ein Beitrag *Dörte Jung* zu GM in der Privatwirtschaft. In der Zusammenschau zeigen diese Beiträge etwa von

Birgit Sauer oder *Lars Jalmert*, dass es keinen goldenen Weg der Implementierung gibt und GM vor allem eine Strategie für die öffentliche Hand ist, während die Privatwirtschaft sich eher auf den Ansatz *Managing Diversity* im Personalbereich beschränkt.

Die vier Beiträge, die verschiedene Handlungsfelder von GM beleuchten, geben einen guten Eindruck darüber, welche Rolle Gender-Wissen für GM spielt. Hier ist anzumerken, dass mit den Beispielen Gesundheit (*Ellen Kuhlmann* und *Petra Kolip*), Schule (*Heidrun Hoppe* und *Elke Nysen*), politische Bildung (*Karin Derichs-Kunstmann*) und „Umbau des Sozialstaates“ (*Barbara Riedmüller*) eher gleichstellungsnahe Bereiche gewählt wurden, während Themen, die weniger mit Gleichstellung in Verbindung gebracht werden, leider nicht vorkommen. Den konkreten Umsetzungsinstrumenten von GM sind drei Beiträge gewidmet. Auch dies ist ein lohnenswerter Abschnitt, allerdings mit zwei Einschränkungen: Es könnte mehr kritische Reflexion der GM-Instrumente geboten werden und die Strategie des Gender-Budgeting wird zu einem Instrument von GM reduziert.

Den Abschluss des Bandes bildet das Verhältnis zwischen Forschung und Politik, wobei insbesondere *Meusers* Beitrag zum Verhältnis von Geschlechterforschung und -politik lesenswert ist. *Michel Kimmels* Beitrag dagegen ist zwar eine gute Ab-

handlung über Frauen-, Männer- und Geschlechterforschung, findet jedoch keinen Bezug zum GM. Fazit: Der facettenreiche Band darf im Bücherregal von geschlechterpolitisch Interessierten nicht fehlen. Da er über die Bundeszentrale für politische Bildung günstig zu beziehen ist, stellt auch der Preis keine Hürde dar.

Was bewirkt Gender Mainstreaming?

Evaluierung durch Policy-Analysen heißt ein Sammelband, der auf einen Workshop im Jahr 2003 in Wien zurückgeht. Allerdings bezeichnen die Herausgeberinnen **Ute Behning** und **Birgit Sauer** ihren Titel gleich einleitend als „Provokation“, da diese Frage „derzeit noch keineswegs eindeutig zu beantworten sei“ (14). So liegt den zwölf versammelten Beiträgen auch ein sehr breites Verständnis von Evaluation zugrunde. Auffallend ist, dass hiervon lediglich zwei von Autorinnen verfasst wurden (*Barbara Stiegler* und *Christine Färber*), die konkret mit der Umsetzungspraxis von GM befasst sind. Dieser geringe Praxisbezug ist für den Zweck der Wirkungsanalyse nicht förderlich. So ist gerade in den letzten Jahren eine anwendungsbezogene Evaluationsforschung im Rahmen von EU geförderten Programmen (z.B. EQUAL) entstanden, auf die der Band nicht zurückgreift. Sehr lesenswert ist *Stieglers* Beitrag zu den Kontroversen um GM. *Stiegler*, die als eine der wichtigsten Akteurinnen des GM gilt, greift die einzelnen Kritikstränge auf, und zwar jene gegen GM selbst und jene gegen die Art und Weise der Umsetzung der Strategie – eine Unterscheidung, die in der Debatte um GM gerne verschimmt. Lesenswert ist auch der Beitrag von *Sünne Andresen* und *Irene Dölling*, die auf einer Untersuchung eines Berliner Bezirksamtes

basiert. Zwar neigen die Autorinnen dazu, GM mit der Durchführung von Gender-Training gleichzusetzen, sie können aber einen Eindruck davon vermitteln, mit welchen Zielkonflikten und widersprüchlichen Anforderungen die AkteurInnen zu tun haben, die GM umsetzen sollen – und rühren damit an die strukturellen Barrieren von GM.

Während der Band von *Meuser/Neusüß* ins Thema einführt, ist *Behnings* und *Sauers* Band eher GM-Fortgeschrittenen zu empfehlen. Er wirft viele wichtige Fragen auf und ist insofern einer kritischen Reflexion von GM dienlich. Eine konkrete, gar empirisch fundierte Wirkungsanalyse leistet er jedoch nur punktuell.

Eine theoretisch fundierte und innovative Arbeit legt **Verena Schmidt** vor mit **Gender Mainstreaming: An Innovation in Europe? The Institutionalisation of Gender Mainstreaming in the European Commission**. Sie fasst GM theoretisch hergeleitet als Policy-Innovation und untersucht den Grad der Verbreitung, die diese Innovation innerhalb der EU-Kommission als spezifische Institution hat. Sie bewegt sich dabei interdisziplinär zwischen Organisationssoziologie, Europäischer Integrationsforschung sowie Gender Studies. Auf der Basis einer soliden Diskussion von Grundbegriffen, zeichnet *Schmidt* mit hoher konzeptioneller Klarheit nach, wie GM Eingang in die EU-Kommission fand. Auf der Basis von 29 Interviews mit EU-ExpertInnen kommt sie zu einer ernüchternden Schlussfolgerung: Innerhalb der EU-Kommission blieb die Verbreitung von GM beschränkt auf diejenigen, die auch direkt in GM involviert sind (230). Der Band von *Schmidt* ist für alle interessant, die sich tie-

fergehend mit GM befassen möchten, insbesondere das methodische Vorgehen gibt Impulse – auch für andere Akteursfelder. Ein Band, der viele Fragen aufwirft, ist eine Veröffentlichung des Deutschen Akademikerinnenbundes. Das von **Stefanie Bluth** verfasste Buch **Gender Mainstreaming in der Europäischen Union** diskutiert auf 116 Seiten die Frage „Stellt das Konzept ein sinnvolles Verfahren auf einem Weg hin zur Geschlechtergerechtigkeit dar?“. Es irritiert zunächst, dass ein Inhaltsverzeichnis fehlt. Im Anschluss an theoretische Annäherungen an die Kategorie Geschlecht macht die Autorin einen allzu großen Wurf, in dem die Gleichstellung in EU-Ländern gestreift wird. Im Schlusskapitel stellt die Autorin dementsprechend fest, dass der Erfolg von GM wohl vom Willen der „europäischen Bürger“ abhängig sei – eine wenig befriedigende Antwort.

Michael Michael, Claudia Neusüß (Hg.) 2004: Gender Mainstreaming. Konzepte, Handlungsfelder, Instrumente. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung. Schriftenreihe Band 418, 366 S., ISBN 3-89331-508-X

Ute Behning, Birgit Sauer (Hg.), 2005: Was bewirkt Gender Mainstreaming? – Evaluierung durch Policy-Analysen. Frankfurt/M., New York: Campus Verlag, 240 S., ISBN 3-593-37608-3

Verena Schmidt, 2005: Gender Mainstreaming: An Innovation in Europe? The Institutionalisation of Gender Mainstreaming in the European Commission. Opladen: Verlag Barbara Budrich, 300 S., ISBN 3-938094-28-1

Stefanie Bluth, 2004: Gender Mainstreaming in der Europäischen Union. Stellt das Konzept ein sinnvolles Verfahren auf einem Weg hin zur Geschlechtergerechtigkeit dar? Reihe: Deutscher Akademikerinnenbund – Wissenschaftliche Beiträge und Publikationen, Bd. 3 Münster u.a.: LIT-Verlag, 116 S., ISBN 3-8258-8216-0

Rita Schäfer: Im Schatten der Apartheid. Frauen-Rechtsorganisationen und geschlechtsspezifische Gewalt in Südafrika

Birte Rodenberg

Trotz erfolgreicher Anstrengungen der internationalen Frauenbewegungen, ein normatives Regelwerk zur Eindämmung und strafrechtlichen Verfolgung physischer und psychischer Gewalt aufzubauen, gehört diese weiterhin zu den Körper- und Rechtsverletzungen, die grundsätzlich Frauen und Mädchen jeden Alters, jeder Nationalität, jeder Religions- und jeder sozialen Zugehörigkeit trifft. 20-50% der Opfer häuslicher und sexueller Gewalt weltweit bleiben dieses ihr Leben lang. Die Zahlen für Südafrika sprechen eine noch deutlichere Sprache: alle 17 Sekunden wird ein Mädchen oder eine Frau vergewaltigt, alle sechs Stunden eine Frau umgebracht. Gleichwohl hat Südafrika nach dem Ende der Apartheid mit seiner mustergültigen Verfassung von 1996 Geschichte geschrieben und einen weitreichenden Menschenrechtskatalog verankert, der zahlreiche Gewaltschutzgesetze und Grundlagen zur Sicherung formal-juristischer Geschlechtergleichheit enthält.

In ihrer auf empirischen Forschungen beruhenden, detailreichen Studie analysiert *Rita Schäfer* die Einflussmöglichkeiten und konzeptionellen Ansätze von Frauen-Rechtsorganisationen als politische Gestalterinnen dieser neuen Rechtsrealität. Dabei beschränkt sie sich nicht auf eine statische Bestandsaufnahme frauenpolitischer Organisationen und deren erfolgreiche Positionierungen für veränderte Gender-Kon-

strukte im politischen Transformationsprozess. Vielmehr eröffnet sie neue Perspektiven sowohl für die akademische als auch praxisorientierte Geschlechterforschung, indem sie strukturelle Interdependenzen zwischen den verschiedenen, in Machtinteressen verankerten geschlechtsspezifischen Gewaltformen und historisch-kulturellen Gewaltlegitimationen erörtert. Die Gegenläufigkeit manifester, sich zäh haltender Geschlechterkonstruktionen und Normen, die eine übergeordnete gewalttätige Maskulinität festschreiben, werden dem politischen Umbruch und der dynamischen Demokratisierung Mitte der 1990er Jahre gegenübergestellt – und kratzen damit auch an der Außenwirkung des modellhaften Nation-Building-Prozesses Südafrikas. Daraus resultieren z.T. tabuierte Ambivalenzen bzw. Widersprüche, denen sich die heutigen zivilgesellschaftlichen Kräfte stellen müssen.

Erstens – das hat auch die Peking+10-Bilanz bestätigt – sind weder Gewaltschutzgesetze und Verbesserungen *de-jure* noch nationale Demokratisierungsprozesse ein Garant für die nachhaltige Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen. Diese nimmt in Südafrika eher zu, was *Schäfer* auf die historischen Wurzeln der Geschlechterhierarchien zurückführt. Profund recherchiert belegt sie im ersten Teil des Buches deren langfristiges Zusammenwirken mit kolonialen, post-kolonialen und rassistischen

Herrschaftssystemen, die auf direkter und struktureller Gewalt gegen Frauen und Männer beruhten. Der umfang- und faktenreichste zweite Teil der Studie enthält eine ebenso facettenreiche wie erschreckende Darstellung der Formen und Ausmaße geschlechtsspezifischer Gewalt sowie der entsprechenden Geschlechterkonstruktionen in unterschiedlichen Lebenswelten. Beleuchtet werden urbane und rurale Verhältnisse, der Zusammenhang von Gewalt und Gesundheit, das Bildungssystem und deren kulturelle Manifestierung durch Kirche und Religion.

Mit der aktiven und entscheidungsrelevanten Beteiligung an der Verankerung eines neuen Rechtsstaats und Beeinflussung seines grundlegenden Rechtsrahmens waren zweitens Frauen-Rechtsorganisationen in den 1990er Jahren gezwungen, mit staatlichen Institutionen konstruktiv zusammenzuarbeiten, anstatt diese zu bekämpfen. Schäfer verdeutlicht im dritten Teil ihrer Länderstudie, inwiefern Polizei und Justiz Diskriminierung, Unterdrückung und die Machtdurchsetzung mit allen Mitteln verkörpern. Diese Wahrnehmung wirkt auf die Nichtregierungsorganisationen bis in die heutige Zeit hinein und behindert notwendige Abstimmungsprozesse zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Kräften, um Interventions- und Präventionsansätze zur Bekämpfung von Gewalt weiterzuentwickeln.

Drittens werden in der interdisziplinären Studie der Afrika-Expertin die reaktiven, zum Teil viktimisierenden Ansätze der

Frauenorganisationen hinterfragt. Ausgehend von einem Gewaltkonzept, das die patriarchalische Gewalt als verbindendes Problem aller Südafrikanerinnen sieht, sowie im Bemühen, keine rassistischen Grenzen durch das Herausstellen unterschiedlicher Betroffenheiten schwarzer und weißer Frauen aufzubauen, werden komplexe Gewalthintergründe sowie ein spezifischer Beratungsbedarf der Klientel ignoriert. Die durch Gewalt forcierte HIV/AIDS-Pandemie mit ihrem jungen weiblichen Gesicht, aber auch die Konkurrenz um die vielfach an staatliche Stellen umgeleitete Finanzierung der Geberländer erfordern die Entwicklung neuer, übergreifender Allianzen und innovativer multidimensionaler Konzepte.

Klar gegliedert und abgesichert durch eine auf 150 Seiten dokumentierten Literaturrecherche, ist es der Ethnologin gelungen, ein bedrückendes und in der Analyse politischer und ökonomischer Transformationsprozesse gemeinhin vernachlässigtes, gleichsam aber zentrales Thema der Frauenrechtsbewegung interdisziplinär aufzuarbeiten und als Nachschlagewerk für EthnologInnen, SoziologInnen und PolitologInnen gleichermaßen zugänglich zu machen.

Rita Schäfer, 2005: Im Schatten der Apartheid. Frauen-Rechtsorganisationen und geschlechtsspezifische Gewalt in Südafrika. Münster: LIT Verlag, 480 S., ISBN 3-8258-8676-X

Dyan Mazurana u.a. (Hg.): Gender, Conflict, and Peacekeeping

Anne Jenichen

Der Sammelband widmet sich der bisher vernachlässigten Frage nach der Rolle von Geschlechterfragen in internationalen militärischen und politischen Aktivitäten zur Friedenskonsolidierung (Peacekeeping). Die Beiträge des Bandes werden von der zentralen These geleitet, dass Peacekeeping-Operationen sowie humanitäre Interventionen, die bei ihrer Planung und Durchführung die Geschlechterdimensionen von gewalttätig ausgetragenen Konflikten und Nachkriegszeiten nicht berücksichtigen, die Rückkehr zu echtem Frieden, menschlicher Sicherheit und Wiederaufbau nicht nur für Frauen und Mädchen, sondern für die gesamte Gesellschaft untergraben. Zwar gibt es auf internationaler Ebene inzwischen wichtige Initiativen zur Förderung geschlechtersensibler Peacekeeping-Operationen und Interventionen, jedoch verbleiben noch viele Defizite in der politischen Praxis. Deshalb sollen die in dem Band versammelten Analysen zu einem besseren Verständnis von Strukturen und Rollen von Friedensoperationen beitragen, um mögliche Zugänge für Kritik und institutionellen Wandel zu identifizieren.

Teil I des Bandes dient der Einführung in den Zusammenhang von Geschlechterfragen, Kriegsdynamiken und internationalen Friedensmissionen. *Dyan Mazurana* diskutiert Ursachen von bewaffneten Konflikten und Bürgerkriegen, wobei sie besonders auf neue Kriegsformen fokussiert. Sie verweist auf die häufig sehr enge Ver-

schränkung sexualisierter mit ethnisierter Gewalt sowie auf den zentralen Stellenwert, den Frauenhandel und Zwangsprostitution in Kriegs- und Schattenökonomien einnehmen. Werden diese Geschlechterdynamiken vernachlässigt oder sogar aktiv befördert, wie insbesondere im Fall der Nutzung von Zwangsprostitution durch Peacekeeper häufig zu beobachten, lassen Peacekeeper zentrale Konfliktstrukturen unberücksichtigt und können so zur Verlängerung des Konflikts beitragen.

Angela Raven-Roberts gibt einen Überblick über die Entwicklung des Gender-Mainstreaming-Konzepts für Friedensmissionen der Vereinten Nationen (UN). Selbst lange in den UN Verantwortliche bietet sie aus einer „Innenperspektive“ einige Erklärungsansätze für die sehr langsamen und aus ihrer Sicht bisher unzureichenden Fortschritte bei der politischen Umsetzung des Konzepts. Dabei verweist sie v.a. auf ungenügende konzeptionelle Kohärenz, Mängel in Strukturen des Personalmanagements sowie fehlende effektive Evaluationsstrukturen.

Teil II beschäftigt sich mit Fragen internationalen Rechts. *Valerie Oosterveld* gibt einen Überblick über die Entwicklung der Kriminalisierung geschlechtsspezifischer Gewalt im Völkerrecht. Im Anschluss daran problematisiert *Barbara Bedont* die Frage der faktischen Straflosigkeit von Peacekeepern, die im Auslandseinsatz geschlechtsspezifische Straftaten begehen.

Da sich Entsendestaaten in der Regel als unwillig erwiesen, diese Verbrechen zu bestrafen, fragt *Bedont* nach den Möglichkeiten internationalen Strafrechts, um diese Situation zu ändern. Sie kommt zu dem Schluss, dass der internationale Strafgerichtshof zwar Raum für die Verfolgung spezifisch weiblicher Interessen schaffe, aufgrund starker Widerstände einiger Staaten gegenüber Eingriffen in ihre Souveränität es jedoch unwahrscheinlich sei, dass dieser in Zukunft effektiv gleichen Schutz für Frauen gewährleisten könne.

Im dritten und vierten Teil schließen sich neun anschauliche Fallstudien an zu Peacekeeping-Einsätzen und internationalen Interventionen in bewaffneten Konflikten und Nachkriegssituationen in Mosambik, Angola, Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Namibia, Haiti, Guatemala, Ruanda, Osttimor, Äthiopien und Eritrea. Sie analysieren in erster Linie, wie sich Peacekeeping-Einsätze und internationale Interventionen auf die Situation von Frauen und Mädchen sowie auf Geschlechterverhältnisse auswirken und zeigen, wie die Vernachlässigung von Geschlechterdynamiken Bemühungen unterläuft, Frieden und Sicherheit für die Gesellschaft insgesamt zu etablieren. Abschließend problematisiert *Cynthia Enloe* die patriarchalen Strukturen, in die aus ihrer Sicht nicht nur internationales Gewalt- und Friedenshandeln, sondern auch die Wissenschaft, die sich mit diesen beschäftigt, eingebettet sind. Sie seien so-

wohl für die Vernachlässigung von Geschlechterfragen in der politischen als auch in der wissenschaftlichen Praxis verantwortlich und könnten nur durch die Schaffung feministischer Netzwerke umgangen werden.

Der Sammelband legt sehr überzeugend die Notwendigkeit einer Geschlechterperspektive für die kritische Analyse internationaler Interventionen in Gewaltsituationen dar. Leider verbleibt er jedoch, wie die meisten Arbeiten in diesem Bereich, bei der Analyse geschlechtsspezifischer Konsequenzen und vernachlässigt – mit wenigen Ausnahmen (*Mazurana, Baines* zu Ruanda) – die Rolle von Geschlechterkonstruktionen für die Funktionsweise von Militär und kollektivem Gewalt- und Friedenshandeln und somit deren Einfluss auf Konflikt- und Interventionsdynamiken. Trotzdem ist der Band insgesamt ein wichtiger empirischer Beitrag zur feministischen Debatte in der Friedens- und Konfliktforschung, da er sich auf die internationalen Konfliktbearbeitungstätigkeiten konzentriert. Nicht zuletzt macht er deutlich, wie wichtig es ist, diese Debatten auch in Zukunft weiter zu führen.

Dyan Mazurana, Angela Raven-Roberts, Jane Parpart (Hg.), 2005: Gender, Conflict, and Peacekeeping. Lanham: Rowman & Littlefield, 304 S., ISBN 0-7425-3633-5

Alexandra Geisler: Gehandelte Frauen. Menschenhandel zum Zweck der Prostitution mit Frauen aus Osteuropa

Annekatriin Himmelreich

„Für Männer ist leichter, ja. Die kommen hier auch schwarz arbeiten (...) Aber trotzdem, wenn er hierher fährt, dann (...) er verliert nix, nur ein bisschen Zeit, ja. Und wenn (...) Frau hier ja, die verliert sich, (...) die verliert sich die Frau“ (11).

Menschenhandel mit Frauen zum Zweck der Prostitution gibt es seit der Antike. Doch nirgendwo wächst er momentan schneller als in Osteuropa. Ein Großteil der ca. 500.000 Frauen, die jährlich nach Westeuropa gehandelt werden, stammt aus dieser Region.

Obwohl Konsens darüber besteht, dass der Handel mit Frauen zur sexuellen Ausbeutung eine Menschenrechtsverletzung darstellt, konzentrieren sich politische AkteurInnen in Deutschland auf die Verhinderung illegaler Migration. Die Frauen gelten entweder als Mittäterinnen, die aufgrund ihres illegalen Aufenthaltsstatus strafrechtlich verfolgt werden oder sie werden als willenlose Opfer betrachtet, denen mit einer Rückführung in das Herkunftland geholfen werden soll.

Die Sozialwissenschaftlerin *Alexandra Geisler* hat im Rahmen einer qualitativen Untersuchung die Erfahrungen von acht gehandelten osteuropäischen Frauen untersucht. Im Mittelpunkt steht die Frage, „ob die Frauen primär Opfer sind oder ob sie autonom handelnde Arbeitsmigrantinnen sind, die aufgrund der äußeren Umstände wie zum Beispiel der ausländerrechtlichen

Rahmenbedingungen Opfer von Menschenhandel geworden sind“ (14). *Geisler* zeigt, warum sich Frauen für die Migration entschieden haben, in dem sie ausführlich die Situation von Frauen in ihren Herkunftsländern darstellt. Von den Folgen der Transformation wie Arbeitslosigkeit, Verarmung und dem Verlust sozialer Leistungen sind besonders Frauen betroffen. Migration ist eine Überlebensstrategie. Die schwierige Lage in den Herkunftsländern allein hat aber bei keiner der Frauen zum eigenständigen Versuch der Ausreise geführt. Im Gegensatz zu der in Westeuropa existierenden Annahme, die Frauen hätten bereits selbst aktiv nach Unterstützung für die Ausreise gesucht, wurde Migration erst durch das Angebot der AnwerberInnen in Betracht gezogen.

Die Anwerbung erfolgte meist durch weibliche Bekannte, die den Frauen in der Regel eine Beschäftigung in der Gastronomie versprochen. In Deutschland angekommen, wurden verschiedene Formen des Zwangs auf die Frauen ausgeübt, damit sie in die Prostitution einwilligten. „Durch Betäubungsmittel und Drogen, das Druckmittel der Schuldenrückzahlung (für die Finanzierung der Einreise), Schläge, Einsperren, Drohungen gegen die Familie im Herkunftsländ, Wegnahme der Pässe und Verdienste und Wechsel von Ort zu Ort“ (143) wurden die Abhängigkeitsmechanismen bei den Frauen verfestigt. Die Inter-

views zeigen, dass es in allen Fällen Momente des Zwangs und der selbstverantworteten Entscheidung gab. Während anfangs die Eigeninitiative der Frauen eine große Rolle spielte, wurde sie, sobald das Zielland erreicht war, drastisch beschnitten. Auf Grundlage dessen plädiert die Autorin dafür, die Menschenrechtsverletzungen in den Vordergrund zu stellen und die Frauen als Opfer eines kriminellen Verbrechens anzuerkennen. Nur dann würden ihnen Rechte und praktische Unterstützung gewährt. Dabei dürften die Frauen jedoch nicht einseitig als willenlose Opfer wahrgenommen werden. *Geisler* unterstreicht, dass der Opferstatus von der eigenen Identität und den Bedürfnissen der Frauen getrennt werden müsse. Zwar hätten viele Frauen ursprünglich keinen dauerhaften Aufenthalt in Deutschland angestrebt, doch nach dem Ende der Zwangsprostitution sahen sie aufgrund der Scham über die nicht erreichten Ziele der Migration, der Angst vor einer Verfolgung durch die HändlerInnen sowie der Sorge um die finanzielle Absicherung des eigenen Lebens und das ihrer Kinder kaum noch Zukunftsperspektiven in ihrem Heimatland (98ff.). Eine einseitige Wahrnehmung der Frauen als Opfer, deren Konsequenz die Abschiebung in die Herkunftsländer sei, ignoriere, dass für die Frauen meist ein dauerhafter

Aufenthalt in Deutschland die einzige Perspektive darstelle. Regierungen, Polizei und Nichtregierungsorganisationen wie die International Organization on Migration würden zu „entgegengesetzten HändlerInnen“, so *Geisler*.

Der Autorin gelingt es, ihre Einwände hinsichtlich des Umgangs mit Frauen, die von Menschenhandel und Zwangsprostitution betroffen sind, überzeugend vorzubringen. Indem sie darstellt, dass es sowohl Eigeninitiative als auch Zwang gibt, zeigt sie, dass die Wahrnehmung als Mittäterinnen oder willenlose Opfer eher den Interessen der Regierungen und der Polizei dient und kaum der tatsächlichen Situation der Frauen gerecht wird.

Insgesamt ist es sehr begrüßenswert, dass sich *Geisler* mit dem bisher wenig erforschten Thema auseinandersetzt und empirisches Material liefert, das es bislang zu dieser Problematik kaum gibt, auch wenn der im Methodenkapitel angekündigte Leitfaden für die Interviews im Anhang leider fehlt.

Alexandra Geisler, 2005: Gehandelte Frauen. Menschenhandel zum Zweck der Prostitution mit Frauen aus Osteuropa. Berlin: trafo Verlag, 157 S., ISBN 3-89626-530-X